

Protokollauszug

Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg vom 10.09.2025

Zu Ö 8 Resolution für ein Ende der Grenzkontrollen; Vorschlag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, der SPD sowie der Linken vom 10.08.2025

Frau Bezirksvertreterin Schmitt-Promny (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) erläutert den Anlass der Resolution für ein Ende der Grenzkontrollen. In einer Zeit, in der es offene Grenzen gebe, seien solche Kontrollen nicht mehr zeitgemäß. Sie stellten einen hohen Aufwand dar, und die Kosten stünden in keinem Verhältnis zum Nutzen.

Hierzu möchte sie wissen, wie sich die Bezirksvertretung zu der Resolution positioniere, und betont, dass deutlich gemacht werden solle, dass diese Grenzkontrollen von großen Teilen der Gesellschaft nicht gewollt seien.

Herr Bezirksvertreter Kusch (CDU-Fraktion) entgegnet, dass es auch Bürger*innen gebe, die die Kontrollen begrüßten. Zudem werde in der Presse berichtet, dass seit deren Einführung auch vermehrt Kriminelle gefasst worden seien. Die CDU-Fraktion lehne daher eine Unterstützung der Resolution ab, auch mit Verweis auf die fehlende Zuständigkeit der Kommunen.

Herr Bezirksvertreter Gilson (CDU-Fraktion) fragt, warum bei der Ausgestaltung der Resolution weder die CDU- noch die FDP-Fraktion einbezogen worden seien. Zudem sei die Resolution im System ALLRIS nicht hinterlegt, schlussfolgern er den Inhalt nicht und könne hierüber nicht abstimmen.

Frau Schmitt-Promny erwidert, dass es seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen versäumt worden sei, die CDU- und FDP-Fraktion direkt anzusprechen.

Hinweis: Die Resolution wurde im Rahmen der Einladung als Sammeldokument an alle Mitglieder der Bezirksvertretung versandt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg fordert die Stadt Aachen auf, sich gemeinsam mit anderen betroffenen Kommunen beim Bundesinnenministerium und der Bundespolizei für die Wiederherstellung offener Grenzen nach dem Schengener Abkommen einzusetzen, um die Verkehrsbelastung in den grenznahen Ortsteilen - insbesondere in Vetschau und Vaalserquartier - zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen

Anlage 1 20250810_resolution_grenzkontrollen

Frau Bezirksbürgermeisterin
Petra Perschon
Bezirksamt Laurensberg
Rathausstr. 12
52072 Aachen

Aachen, 10.08.2025

Betreff: Resolution für ein Ende der Grenzkontrollen

Sehr geehrte Frau Perschon,

die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, der SPD und der Linken in der Bezirksvertretung Laurensberg beantragen, die folgende Resolution in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zur Beratung und Abstimmung vorzulegen.

Resolution für ein Ende der Grenzkontrollen

Die Bezirksvertretung Laurensberg fordert ein Ende der ineffektiven und unverhältnismäßigen Grenzkontrollen. Die Grenzkontrollen beeinträchtigen die Lebensqualität in unserem Bezirk in erheblichem Maße, insbesondere in Vaalserquartier und in Vetschau. Dabei sind sie wirkungslos und verärgern unsere Nachbarn. Statt die Sicherheit zu erhöhen, sorgen sie dafür, dass Menschen zusätzlich Zeit in Staus oder bei Kontrollen verbringen müssen sowie unter Ausweichverkehren leiden. Darüber hinaus belasten sie die gute Kooperation mit unseren Nachbargemeinden.

Die Bezirksvertretung regt daher an, dass die Stadt Aachen gemeinsam mit anderen betroffenen Kommunen gegenüber dem Bundesinnenministerium und der Bundespolizei klar Stellung bezieht. Ziel muss es sein, zu offenen Grenzen nach dem Schengener Abkommen zurückzukehren und die zusätzliche Verkehrsbelastung der grenznahen Ortsteile, in diesem Fall insbesondere Vetschau und Vaalserquartier massiv zu senken.

Begründung:

Die derzeitigen vom Bundesinnenministerium veranlassten Grenzkontrollen führen in unserer Region zu erheblichen Ausweichverkehren, da eine flächendeckende Kontrolle der Grenze nicht möglich ist.

Auch Vertreterinnen und Vertreter von Polizeigewerkschaften kritisieren den hohen Personaleinsatz, der an anderer Stelle – etwa an Bahnhöfen, Zügen, Flughäfen oder in der alltäglichen polizeilichen Präsenz fehlt.

Die Grenzkontrollen schaffen somit keine zusätzliche Sicherheit, sondern führen zu Verkehrsproblemen, verschärfen die Personalknappheit der Bundespolizei und gefährden durch die Einschränkung der grenzüberschreitenden Bewegungsfreiheit langfristig die europäische Integration – eine Entwicklung, die insbesondere für den grenznahen Bezirk Laurensberg erhebliche Risiken birgt.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Schmitt – Promny
(Fraktionssprecherin Bündnis 90/Die Grünen)

Paul Hamann-Hensell
(Fraktionssprecher SPD)

Ulrike Epstein
(Die Linke)